



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Luxemburg, den 24. Juni 2013 (25.06)
(OR. en)

11445/13

COMEM 166
PESC 763

BERATUNGSERGEBNISSE

des Rates
vom 24. Juni 2013
Nr. Vordok. 11011/13 COMEM 157 PESC 705
Betr.: Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen

Die Delegationen erhalten anbei die vom Rat am 24. Juni 2013 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZU JEMEN

1. Die Europäische Union begrüßt nachdrücklich die von der Konferenz des nationalen Dialogs bisher erzielten Fortschritte und sagt ihr volle Unterstützung für ihre ungehinderte Arbeit zu. Sie verweist erneut darauf, wie wichtig es ist, dass der in der Initiative des Golf-Kooperationsrates vereinbarte Zeitplan für den Abschluss der Konferenz eingehalten wird, damit ein Verfassungsreferendum stattfinden kann, dem sich allgemeine Wahlen anschließen. Deshalb appelliert sie an die Teilnehmer der Konferenz des nationalen Dialogs, die Verfahrensfragen zügig zu behandeln und sich dringend mit wichtigen inhaltlichen Fragen zu befassen. Sie begrüßt die Bildung des Konsensausschusses, der in Bezug auf einen erfolgreichen und zügigen Abschluss der Konferenz eine wichtige Rolle spielen kann. Darüber hinaus ruft sie alle Interessenvertreter in Jemen nachdrücklich auf, konstruktiv an der Konferenz des nationalen Dialogs mitzuwirken. Diese Konferenz ist das einzige umfassende Forum, das die legitimen Anliegen aller Gruppen der jemenitischen Gesellschaft, einschließlich Frauen und junger Menschen, in angemessener Form behandeln kann. Die EU hebt hervor, wie wichtig es ist, dass die allgemeine Öffentlichkeit in Jemen über die Fortschritte der Konferenz und die Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse informiert wird.
2. Im Einklang mit ihren Schlussfolgerungen vom 19. November 2012 wiederholt die EU, dass sie ernsthaft besorgt über jedwede Handlung ist, durch die der Übergangsprozess unterminiert, behindert oder zum Scheitern gebracht werden kann oder zur Verfolgung von Einzelinteressen benutzt wird, wozu auch der Boykott der Konferenz des nationalen Dialogs, Störungen im Innern Jemens oder von außerhalb, Nichteinhaltung einschlägiger Präsidialverordnungen und alle Gewalttaten sowie Anstiftung zur Gewalt oder Provokation von Gewalt zählen. Sie appelliert daher an alle Parteien, den friedlichen und geordneten Übergangsprozess in Jemen unter der Leitung von Präsident Abdrabu Mansour Hadi zu unterstützen.

3. Besonders besorgt ist die EU über die zunehmenden Spannungen im Süden, die eine ernstzunehmende Bedrohung des Übergangs in Jemen, seiner Stabilität und Unversehrtheit darstellen. Sie ruft deshalb alle relevanten Vertreter des Südens nachdrücklich auf, zu einer friedlichen Lösung des schwelenden Konflikts im Rahmen des nationalen Dialogs beizutragen. In diesem Zusammenhang verweist sie erneut darauf, dass es verstärkter Bemühungen bedarf, um ein für politische Kompromisse günstiges Klima zu schaffen, und sie appelliert nachdrücklich an alle einschlägigen Akteure, von Medienkampagnen Abstand zu nehmen – ungeachtet dessen, ob sie von außerhalb oder von innerhalb des Landes gesteuert werden –, die zu Intoleranz und politischer Polarisierung führen, was den Fernsehsender Aden Live einschließt. Gleichzeitig ruft die EU die jemenitischen Behörden auf, die von Präsident Hadi verfügten vertrauensbildenden Maßnahmen ohne weitere Verzögerung umzusetzen, einschließlich der Freilassung politischer Gefangener aus dem Süden und der unverzüglichen Rehabilitierung der Angehörigen südlichen Armee und der Beamten im Süden.
4. Die EU begrüßt die Präsidialverordnungen zur Umstrukturierung des militärischen und zivilen Sicherheitssektors und sieht ihrer vollständigen Umsetzung erwartungsvoll entgegen. Sie fordert die jemenitische Staatsführung nachdrücklich auf, geeignete rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für die Übergangsjustiz zügig anzunehmen und umzusetzen, einschließlich der Einsetzung des nationalen Untersuchungsausschusses und der nationalen Menschenrechtskommission. Sie unterstreicht, dass die Regierung die Reformen im politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsbereich dringend voranbringen und die humanitäre Lage verbessern muss. Die Regierung Jemens muss die Bereitstellung von grundlegender Infrastruktur, Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten, die den Bedürfnissen der jemenitischen Bevölkerung entsprechen, beschleunigen.
5. Die EU ist nach wie vor sehr besorgt angesichts der humanitären Lage in Jemen, die sich weiterhin verschlechtert. Die Nahrungsmittelversorgung eines zunehmenden Teils der jemenitischen Bevölkerung ist ungesichert oder gefährdet. Besonders beunruhigend ist der hohe Anteil unterernährter Kinder. In diesem Zusammenhang hebt die EU die Bedeutung eines besseren Zugangs humanitärer Organisationen hervor.
6. Die EU bekräftigt, dass sie bereit ist, glaubwürdige und transparente Wahlen in Jemen zu unterstützen, bei denen niemand ausgegrenzt wird. Sie bekräftigt ferner ihre Zusage, der Staatsführung und den Menschen in Jemen in ihrem Streben nach einer besseren und nachhaltigen Zukunft für alle Jemeniten zur Seite zu stehen.